

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 3

Artikel: Vor den Märzahlen in Frankreich : droht eine Regimekrise?
Autor: Scheurer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340354>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wirtschaftlichen Probleme sowie andererseits durch die Sabotagekampagnen der UNITA-Widerstandskämpfer im Süden des Landes, die tatkräftig von Südafrika unterstützt werden, das mit seiner menschenfeindlichen Rassenpolitik auch in die Nachbarstaaten vorzudringen sucht. Im Schlusskapitel zeigt Jean Ziegler, dass zwischen dem Vorgehen der Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika gewisse Gesetzmässigkeiten bestehen. Der Kampf gegen die Kolonialherren eint in der Hoffnung auf Unabhängigkeit und kollektive Würde mehrere Klassen einer Gesellschaft wie Bourgeoisie, Proletariat und Bauern. Nicht selten ziehen Vertreter der Bourgeoisie in den Kampf, ohne auch nur zu ahnen, dass durch eine Teilnahme an diesem Kampf ihre Privilegien gefährdet werden (siehe Nicaragua). In den hier untersuchten Ländern Afrikas dagegen, in der es noch keine so ausgeprägten Klassenformationen gibt, ist der Kampf gegen den Rassismus, verbunden mit dem Wunsch nach einer eigenen Identität vorrangig. Alle Befreiungsbewegungen sind nationalistisch und nicht kontinental, was sich aus dem Realitätssinn der Völker und der Kenntnis ihrer begrenzten Kräfte erklärt. Keine der erwähnten Befreiungsbewegungen verherrlicht den gewaltsamen Kampf, der als notwendiges Gegengewicht gegen die vom Kolonisator ausgehende Gewalt begriffen wird. Jede nationale Befreiungsbewegung ist eine Trägerin von Hoffnung auf ein Leben in Freiheit und Würde, was von dem 1967 verhafteten, gefolterten und ermordeten guatemaltekischen Dichter Otto René Castillo folgendermassen zum Ausdruck gebracht wird: Begreift doch die Armut meines Landes und meinen Schmerz und die Todesangst aller.

Wenn ich sage: Brot,

sagen sie mir: Schweig!
Und wenn ich sage: Freiheit
Sagen sie mir: Stirb!
Aber ich schweige nicht
und ich sterbe nicht, ich lebe und
ich kämpfe.
Und das macht alle die verrückt,
die mein Land führen.
Weil ich lebe, kämpfe ich
und wenn ich kämpfe, trage ich

bei zur Morgenröte eines neuen
Tages.
Und auf diese Weise entsteht der
Sieg
sogar in der Leere der bittersten
Stunden.

Jean Ziegler, Gegen die Ordnung der Welt, Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika, Peter Hammer Verlag, Wuppertal

Vor den Märzahlen in Frankreich

Droht eine Regimekrise?

Von Georg Scheurer, Paris

Nach bisherigen Umfragen und Schätzungen erwartet man eine Schlappe der Linken und einen Erfolg der Rechtsparteien, insbesondere des neogaullistischen «Rassemblement pour la République» (RPR), der giscardistischen «Union pour la Démocratie Française» (UDF) und der rechtsradikalen «Front National» (FN). Der Abstand zwischen Rechts- und Linksparteien betrug nach Schätzungen zu Beginn dieses Jahres noch rund 20 Prozent. Dies entsprach ungefähr dem Ergebnis der letzten EG-Wahlen (58:38 Prozent).

Spaltpilz Le Pen?

Offen steht jedoch, ob die beiden Bürgerblockparteien RPR und UDF allein zu einer absoluten, regierungsfähigen Mehrheit fähig sind oder ob sie dazu die Unterstützung der rechtsradikalen FN brauchen. Nach letzten Meinungsumfragen hatten die beiden «gemässigten» Rechtsparteien im Wählervolk noch keine absolute Mehrheit, könnten diese aber dennoch in der Nationalversammlung erzielen, wenn die rechtsradikale Parlamentsfraktion auf rund 30

Abgeordnete (etwa 9 Prozent der Stimmbürger) beschränkt bliebe. Le Pens FN versucht aber, über mehr als zehn Prozent hinauszustossen. Falls dies den Rechtsradikalen tatsächlich gelingt, könnten sie in Frankreich neue Weichenstellungen erzwingen. Es könnte unter Umständen aber auch zu einer Spaltung des Bürgerblocks kommen. Denn während Barre zu einem eventuellen Paktieren mit der FN bereit zu sein scheint, will Chirac davon nichts wissen.

Die Sozialistische Partei (PS) hofft, annähernd 30 Prozent zu erzielen und so trotz einer relativen Wahlschlappe als relativ stärkste Partei «Zentralachse» der französischen Innenpolitik zu bleiben. Da die KPF weiterhin ihre Abwärtsbewegung an der Zehnprozentgrenze fortsetzt, wäre die PS die «entscheidende» Linkspartei. Gewinnt sie wirklich, wie kürzlich in Meinungsumfragen angedeutet, doch noch einige Prozent dazu, könnte auch eine Koalition mit Vertretern der bürgerlich-liberalen «Mitte» und «unabhängiger» Persönlichkeiten versucht werden.

Mitterrand setzt sich jedenfalls offen als Wahlkampfdirigent der Sozialisten ein, trotz seiner Funktion als Staatsoberhaupt «über» den Parteien. Er riskiert damit, seine Rolle als oberster Schiedsrichter für die Zeit nach den Wahlen zu belasten. Dennoch will er unabhängig vom Ausgang der Märzahlen in den nächsten zwei Jahren am entscheidenden Hebel bleiben und begründet diesen Vorsatz nicht zuletzt auch mit der Überlegung, dass die drei führenden Bürgerblockrivalen (Chirac, Giscard und Barre) untereinander in wichtigen Fragen zerstritten sind und sich derzeit jedenfalls nicht auf eine Nachfolge einigen können.

Verfassungsschlingen

Erstmalig seit Beginn der Fünften Republik (1958) wird diesmal wieder nach dem Proporzsystem gewählt, noch dazu mit einem einzigen Urnengang und nicht wie bisher nach dem Majorzsystem mit zwei Wahlgängen. Das bedeutet eine radikale Umstellung in der Mentalität des französischen Wählers. Bis jetzt war man geneigt, im ersten Wahlgang auch für Splitterparteien mit geringen Aussichten zu stimmen und sich erst in den darauffolgenden Stichwahlen für ein «kleineres Übel» zu entscheiden. Nun fallen die Würfel unwiderruflich schon an einem einzigen Wahltag.

Falls die derzeitigen Vorhersagen durch das Wahlergebnis des 16. März bestätigt werden, stünde Staatspräsident Mitterrand vor schwierigen Entscheidungen. Seine Amtszeit läuft noch bis 1988. Er wurde 1981 verfassungsmässig für sieben Jahre gewählt. Als die unterschiedlichen Laufzeiten der Funktionsperioden des Staatspräsidenten und der Nationalversammlung im Rahmen der von de Gaulle erzwungenen

Staatsverfassung eingeführt wurden, verfügten der General und seine Gefolgschaft noch über eine erdrückende Mehrheit im Wählervolk und waren überzeugt, mühelos «bis zum Jahr 2000» an der Macht zu bleiben. Die Mairevolution 1968, die Linksunion der siebziger Jahre und der Machtwechsel 1981 waren nicht vorgesehen. Nun zappeln die früheren Staatsstreicher in den von ihnen selbst gedrehten Verfassungsschlingen. Die von mehreren Seiten angestrebte Verfassungsreform, nach welcher die Amtsdauer des Elyséeherren ebenso wie die der Nationalversammlung auf fünf Jahre zu beschränken wäre und somit Präsidenten- und Parlamentswahlen gleichzeitig stattfänden, konnte bis jetzt nicht verwirklicht werden. Die Gefahr ernstester Spannungen und Krisen zwischen unterschiedlichen politischen Richtungen an der Staatsspitze, in der Nationalversammlung und in der Regierung sind somit nicht gebannt.

Vor schweren Entscheidungen

Falls der Bürgerblock am 16. März tatsächlich einen eindeutigen Wahlsieg erzielt, hätte Mitterrand einen neuen Premierminister und eine neue Regierung zu bestellen, die der neuen Parlamentsmehrheit entsprechen. Es ist noch durchaus ungewiss, wieweit in nächster Zeit eine Koexistenz («Cohabitation») des 1981 vom linken Wählervolk gekürten Präsidenten mit einer Rechtsregierung oder Rechts-Mitte-Regierung überhaupt möglich wäre. Wer könnte in einer derart labilen Situation in nächster Zeit das Amt des Premierministers ausüben? Im Gespräch ist der gemässigte gaullistische Bürgermeister von Bordeaux, Jacques Chaban-Delmas. Wieweit würde sich Chiracs RPR damit abfinden

und wieweit werden die weiter rechts stehenden Anhänger des konservativen Elysée-Kandidaten Barre einen derartigen Kompromiss zulassen? Die «Barristen» drängen jetzt schon auf Mitterrands Rücktritt und auf eine beschleunigte Kraftprobe in diesem Jahr.

Barres neuester Wahlschlager ist übrigens direkt dem Credo des Kollaborations-Marschalls Pétain (1940 bis 1944) entlehnt: Travail, Famille, Patrie (Arbeit, Familie, Vaterland). Diese dreifache Devise ersetzte während der Nazi-Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg die vorherigen und seither wieder geltenden Parolen der französischen Republik: Liberté, Egalité, Fraternité (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit). Mit dem Rückgriff auf die reaktionären Schlagworte der Vergangenheit versucht Barre, rechtskonservative Wähler um sich zu sammeln.

Gleichfalls am 16. März werden erstmalig auch in den französischen Provinzen Landtage gewählt. Hier erwartet man einen noch stärkeren Rechtsrutsch als bei den Nationalratswahlen. Vor allem in Südfrankreich erzielte die Front National bereits in Teilwahlen beträchtliche Erfolge und hofft, das öffentliche Leben in diesen Provinzen wesentlich zu beeinflussen.

Soweit die Schätzungen und Bemühungen wenige Wochen vor den Märzahlen. Überraschungen sind indes nicht ausgeschlossen. Es gibt eine beträchtliche Masse von unentschlossenen Wechselwählern. 1986 bringt für Frankreich jedenfalls neue, brisante Probleme. Es wird sich bald zeigen, ob die von de Gaulle hinterlassene Verfassung der Fünften Republik die jetzt bevorstehende neuartige Situation überleben kann oder ob wieder grössere Erschütterungen bevorstehen.